Bundesministerium
Finanzen

Budget 2021

Budgetrede Finanzminister

Mag. Gernot Blümel, MBA

„Gemeinsam durch die Krise“

Aus Verantwortung für Arbeitsplätze und Standort

Wien, 14. Oktober 2020

Budgetrede

Gehalten am Mittwoch, den 14. Oktober 2020

Es gilt das gesprochene Wort.

I Schwierige Ausgangslage – Corona und Wirtschaft

Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank, Hohes Haus, liebe Steuerzahlerinnen und Steuerzahler!

Vor Ihnen liegt die budgetäre Antwort auf die Covid-Krise.

Diese Antwort ist teuer, aber wir können sie uns leisten.

In den letzten Jahren hat die österreichische Bundesregierung unter Bundeskanzler Sebastian Kurz eine solide Budgetpolitik verfolgt und das versetzt uns jetzt in die Lage, besser helfen zu können.

Unsere verlässliche Politik der Vergangenheit rettet dadurch die Arbeitsplätze der Zukunft!

Natürlich hätte ich mir als Finanzminister andere Rahmenbedingungen für dieses Budget und für Österreich gewünscht.

Auch wenn dieses Budget noch immer nicht mit normalen Zeiten vergleichbar ist, ist diese Budgetrede ein Indiz dafür, dass die Corona-Nebelschwaden sich langsam lichten und wir – bei aller anhaltender Dramatik der Situation – mehr Planbarkeit als zu Beginn der Pandemie haben.

Noch vor wenigen Monaten war das ganz anders.

Volatiles Umfeld: Wirtschaftsprognosen zwischen +1,2% bis -9%

Nie zuvor gab es in der 2. Republik innerhalb weniger Monate eine so hohe Volatilität der Wirtschaftsprognosen.

Als wir Anfang des Jahres als Bundesregierung angetreten sind und unser erstes Budget verhandelt haben, haben wir uns auf ein prognostiziertes Wirtschaftswachstum von 1,2 Prozent für 2020 gestützt.

Anfang März, als die Budgets bereits mit den Ressorts ausverhandelt waren, hat sich das Corona-Virus rasch in Europa ausgebreitet.

Zu diesem Zeitpunkt haben wir das WIFO um eine Schnellschätzung zur wirtschaftlichen Entwicklung gebeten. Die Antwort war eine Reduktion der Prognose von 0,4 auf 0,8 Prozent Wirtschaftswachstum für heuer.

Das war die Basis für das vieldiskutierte Budget 2020.

Eine Woche später war Österreich so stark von den globalen Auswirkungen des Coronavirus betroffen, dass wir einen 38 Milliarden Euro großen Schutzschirm für Gesundheit, Arbeitsplätze und Wirtschaft aufspannen mussten.

Die Mittel für Kurzarbeit wurden Ende März von bereits rekordverdächtigen 400 Millionen Euro auf eine Milliarde Euro erhöht.

Spätestens ab diesem Zeitpunkt ging es aber nicht mehr um Budgetzahlen, sondern darum, möglichst viele Menschenleben, Arbeitsplätze und Unternehmen zu retten.

Ein Monat später war keine Rede mehr von einem leichten Wachstum der österreichischen Wirtschaft. Im Gegenteil, die Prognosen von Wirtschaftsforschern und Experten sind von einem Einbruch in Höhe von -2,0 bis (IHS, 26.3.) -9,1 Prozent (Bank Austria, 3.4.) ausgegangen.

Das war die unmögliche Planungsgrundlage, die wir in den vergangenen 8 Monaten hatten. Das ist der Grund, warum wir uns im Rückblick zu Recht dafür entschieden haben, den Budgetprozess für 2020 anders zu gestalten als in vorigen Jahren.

Kassasturz und mehr Klarheit

Alle Experten waren sich einig, dass im Herbst der richtige Moment für einen ersten Kassasturz ist.

Heute können wir besser als im Frühjahr abschätzen

wie stark Österreich in diesem Jahr von dieser Krise getroffen sein wird,

wieviel uns diese Krise bisher gekostet hat

und wie wir für die nächsten Jahre aufgestellt sind.

Mittlerweile haben wir alle viel über das Virus und über seine gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen gelernt.

Wir haben nach einem dreiviertel Jahr mit dem Virus Erfahrungswerte, welche Maßnahmen wirken und welche Bereiche des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens besonders betroffen sind.

Wir wissen vor allem eines:

Höhere Infektionszahlen bedeuten höhere Arbeitslosigkeit. Deshalb müssen wir alles tun um die Infektionszahlen zu reduzieren, um möglichst viele Arbeitsplätze zu retten.

All diese Erfahrungswerte führen zu adaptierten Wirtschaftsprognosen. Das WIFO geht in seiner aktuellen Prognose von Anfang Oktober für heuer von einem Wirtschaftseinbruch von 6,8 Prozent aus. Für nächstes Jahr wird wieder ein Wachstum in Höhe von 4,4 Prozent erwartet.

Österreich besonders von globaler Wirtschaftskrise getroffen

Das heißt aber nicht, dass alles in bester Ordnung ist. Ganz im Gegenteil!

Entgegen aller Hoffnungen, haben sich die Warnungen der Bundesregierung bewahrheitet.

Wir stehen leider nicht am Ende, sondern mitten in einer globalen Wirtschaftskrise, die auch Österreich in ihren Bann zieht.

Als Tourismus- und Exportland trifft uns die aktuelle Situation sogar noch viel härter als andere Länder.

Zwischen Mai und August sanken die Nächtigungen in Hotels, Pensionen und Ferienwohnungen gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres im landesweiten Schnitt um 33 Prozent auf 39,5 Millionen.

Allein in Wien sind die Buchungen in diesem Zeitraum um 82 Prozent eingebrochen (Statistik Austria, 28.9.).

Und leider werden der Herbst und der Winter ebenfalls noch eine große Herausforderung.

Die Zahl der Infektionen steigt wieder und einige Länder erlassen Reisewarnungen gegen Teile Österreichs. Diese stellen eine Hiobsbotschaft gerade für die bereits schwer getroffene Tourismusbranche da.

Nur wenn es uns gemeinsam gelingt, das Virus zurückzudrängen, werden wir es schaffen im langfristigen internationalen Vergleich die Krise besser zu überwinden als andere Länder.

Daher müssen wir erneut wirkungsvolle Maßnahmen setzen um Infektionen zu reduzieren und Reisewarnungen weg zu bekommen.

Jede Einzelne und jeder Einzelne können jetzt durch ihr Verhalten einen Beitrag leisten, um Arbeitsplätze von Freunden und Verwandten zu schützen und Unternehmen in der Region zu retten.

Die Disziplin der kommenden Wochen, reduziert den langfristigen Schaden für den Standort.

Je besser wir jetzt gemeinsam durch die Krise kommen, umso schneller kommen wir zum Wohlstand zurück.

Und umso mehr Arbeitsplätze werden wir retten!

II 50 Milliarden Konjunkturpaket

Sehr geehrte Damen und Herren, um in dieser schwierigen Situation zu helfen, haben die Regierungen weltweit zuerst Hilfs- und dann Konjunkturprogramme geschnürt.

Auch die österreichische Bundesregierung hat rasch und entschlossen reagiert.

Wir haben daher bei unserer Regierungsklausur Mitte Juni den 38 Milliarden Euro großen Schutzschirm zu einem 50 Milliarden Euro großen Konjunkturpaket ausgeweitet.

Mit unseren Maßnahmen haben wir drei Zielsetzungen verfolgt:

1. Rettung von Menschenleben, Arbeitsplätzen und Unternehmen
2. Entlastung der Bürgerinnen und Bürger und
3. Investitionen in den Standort und die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs.

Von den 50 Milliarden Euro sind aktuell rund 24,8 Milliarden Euro rechtsverbindlich zugesagt oder ausbezahlt.

Rettung

Aktuell haben wir unter anderem:

- Anträge über 8,2 Milliarden Euro für die Corona-Kurzarbeit genehmigt
- Über 200 Millionen Euro an Fixkostenzuschuss ausbezahlt
- 6,8 Milliarden Euro an Steuerstundungen und Vorauszahlungsherabsetzungen bewilligt
- 6,7 Milliarden Euro an Garantien vergeben (COFAG, ÖHT, OeKB, AWS)
- 100 Millionen Euro aus dem NPO-Fonds und
- Rund 600 Millionen Euro aus dem Härtefallfonds ausbezahlt

Entlastung

Wenn die äußeren Rahmenbedingungen schwierig werden, müssen wir es für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen leichter machen!

Daher haben wir mit 1. Juli die Mehrwertsteuer für bestimmte Branchen auf fünf Prozent gesenkt und bei der Umsetzung in der Praxis auf möglichst viel Kulanz und wenig Bürokratie gesetzt.

Diese Maßnahme werden wir aufgrund der weiterhin angespannten Situation für bestimmte Branchen bis Ende 2021 verlängern, sofern uns das von der Europäischen Kommission genehmigt wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

gerade jetzt braucht es auch Unterstützung für Familien, Arbeitnehmer, Arbeitslose und Pensionisten.

Vor allem Menschen mit niedrigen Einkommen soll mehr Geld im Börserl übrigbleiben.

Durch den Coronabonus entlasten wir die Österreicherinnen und Österreicher in Summe mit einem Volumen von rund 2,7 Milliarden Euro.

- Davon beträgt die Senkung der ersten Stufe der Lohnsteuer ungefähr 1,6 Milliarden, der
- Kinderbonus beläuft sich auf bis zu 678 Millionen und die
- Höhere Sozialversicherungs-Rückerstattung auf 150 Millionen.
- Dazu kommt noch der Arbeitslosenbonus in der Höhe von insgesamt etwa 200 Millionen Euro.

All diese Pakete bewirken starke Impulse für unsere Wirtschaft und bringen eine wichtige Entlastung für die Bürgerinnen und Bürger (alle Zahlen OGM):

- In Summe werden 5,4 Millionen von 6,9 Millionen Steuerpflichtigen, also knapp vier Fünftel aller Steuerpflichtigen Österreichs, von zumindest einer dieser Maßnahmen.
- Überdurchschnittlich stark profitieren im Verhältnis zur Einkommenshöhe Alleinerziehende und Alleinverdiener, Arbeiter, Frauen und Personen mit einem zu versteuernden Jahreseinkommen zwischen 15.000 und 25.000 Euro.

Prof. Badelt, der Chef des WIFO hat bei einer Pressekonferenz am 1. Oktober gesagt: *„Die Coronakrise "war und ist massiv", aber "sie wurde durch die Sozial- und Wirtschaftspolitik der Regierung ganz wesentlich abgefedert*".

Laut WIFO hat das unterste Einkommensfünftel durch die Corona-Hilfsmaßnahmen in der Krise sogar an Einkommen gewonnen (plus 0,7 Prozent).

Das Maßnahmenpaket hilft also insbesondere der Kleinen und Mittleren Einkommen. Das ist nicht nur volkswirtschaftlich wichtig, sondern auch moralisch richtig!

Investitionen

Neben Akuthilfen haben wir vor allem Impulse für Investitionen und Wertschöpfung gesetzt.

Wir haben zwei Milliarden Euro für die Investitionsprämie zur Verfügung gestellt. Aktuell wurden bereits 24.363 Anträge gestellt. Damit lösen wir Gesamtinvestitionen in Höhe von 16,6 Milliarden Euro (13.10.) aus.

Mit dem Gemeindepaket in Höhe von einer Milliarde Euro haben wir einen weiteren Hebel geschaffen, um kommunale Investitionen und Wertschöpfung vor Ort auszulösen. Hier sind mit Anfang Oktober bereits 781 Projekte in Höhe von 91 Millionen Euro (13.10.) aus allen Bundesländern ausbezahlt worden.

Langfristige Weichenstellungen für den Standort

Wir haben mit dem Konjunkturpaket rasch und kraftvoll geholfen.

Gleichzeitig haben wir auch Weichen gestellt, um die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes langfristig zu erhöhen.

Allein durch die unbefristete Einführung der Degressiven AfA mit 1. Juli erwarten wir einen Investitionsimpuls von bis zu 250 Millionen Euro im zweiten Krisenhalbjahr 2020 und ab dem Jahr 2021 zusätzliche Investitionen von etwa einer Milliarde Euro pro Jahr.

Arbeit & Beschäftigung

Neben der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit des Standortes müssen wir den kurzfristigen Fokus vor allem auf den Arbeitsmarkt legen.

Die Krise hat nicht nur für Unternehmen, sondern gerade auch für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer große Einschnitte gebracht.

Mit Stand September 2020 waren 704.000 Personen in Österreich arbeitslos oder in Kurzarbeit.

Auch wenn die Zahlen seit dem Sommer deutlich gesunken sind, sind sie zu hoch, um von einer Entspannung zu sprechen.

Hinter jeder dieser Zahlen steht ein Einzelschicksal und daher ist jede und jeder einzelne Arbeitslose zu viel.

Wir können die Krise nicht ungeschehen machen, wir können uns nur mit aller Kraft gegen die Auswirkungen stellen.

In Summe stellen wir heuer und nächstes Jahr inklusive Kurzarbeit mehr als 29 Milliarden Euro für Arbeit und Beschäftigung zur Verfügung.

Noch nie zuvor wurde in Österreich mehr Geld für diesen Bereich zur Verfügung gestellt als in dieser Krise!

- Es wurde der Lehrlingsbonus zur Unterstützung von Lehrbetrieben eingeführt, dafür stehen dieses und nächstes Jahr 54,5 Millionen Euro zur Verfügung (2020: 49 Mio. Euro; 2021: 5,5 Mio. Euro)
- Wir haben mit der Einmalzahlung an arbeitslose Personen in Höhe von 450 Euro eine unmittelbare Krisenunterstützung ermöglicht (2020: 181 Mio. Euro)
- und eine befristete Aufstockung der Notstandshilfe auf Niveau des Arbeitslosengeldes erreicht (2020: 90 Mio. Euro)
- Für die Corona-Kurzarbeit stellen wir heuer und nächstes Jahr mehr als 8 Milliarden Euro zur Verfügung. (2020: 6,8 Mrd. Euro; 2021: 1,5 Mrd. Euro).
- Für die Implementierung einer Arbeitsstiftung zur Qualifizierung von bis zu 100.000 arbeitslosen Personen sowie für den Bildungsbonus stellen wir bis 2022 700 Mio. Euro zur Verfügung
- Wir erhöhen nächstes Jahr die Mittel für den Ausgleichstaxfonds zur Inklusion von Menschen mit Behinderung am Arbeitsmarkt um 40 Mio. Euro.
- Wir stocken das Personal beim AMS um 350 Personen auf. Dafür stellen wir 2021: 25 Mio. Euro zur Verfügung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

mit diesen Beschlüssen sichern wir nicht nur zigtausende Arbeitsplätze in dieser Krise, wir schaffen auch neue Perspektiven für die Zeit danach.

Ich freue mich sehr, dass der Bundesregierung mit all diesen Maßnahmen ein wirklich großer arbeitsmarktpolitischer Wurf gelungen ist.

III Auswirkungen der Krise auf das Gesamtbudget

Sehr geehrte Mitglieder des Hohen Hauses,

Natürlich ist klar, dass diese Konjunktur- und Hilfsmaßnahmen sowie das schwierige wirtschaftliche Umfeld weitreichende Auswirkungen auf das Budget haben:

- Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum fallen die Einzahlungen per Ende September um 7,7 Milliarden Euro (-12,9%) geringer aus.

- Gleichzeitig sind durch die bereits erwähnten Hilfen für Gesundheit, Arbeitsplätze und Unternehmen auch die Ausgaben massiv angestiegen, per Ende September um etwa 9 Mrd. Euro.

  Für 2020 rechnen wir mit einem administrativen Defizit im Bundesbudget von rund 28,5 Mrd. Euro.

- 2021 sind Auszahlungen von 97,4 Mrd. Euro und Einzahlungen iHv 76,4 Mrd. Euro geplant; das ergibt ein administratives Defizit iHv 21 Mrd. Euro.

- Wir werden die Maastricht-Defizitgrenze von 3% des BIP heuer mit rund 9,5% Defizit klar überschreiten.

- Für 2021 und 2022 rechnen wir mit einem gesamtstaatlichen Defizit (Maastricht-mäßig) von 6,3% bzw. 3,5%

- Bis 2022 gehen wir zum heutigen Stand von einer Schuldenquote von 85,0 % des BIP aus.

- Ab 2023 wollen wir wieder runter mit den Schulden und den Weg Richtung fiskalischer Normalität gehen.

IV Gemeinsam durch die Krise – statt Freibrief für Schulden

Meine sehr geehrten Damen und Herrn,

so schwierig dieser Weg in budgetärer Hinsicht auch sein mag, ich bin überzeugt, es ist der richtige.

Vor 75 Jahren hat Leopold Figl in seiner berühmten Weihnachtsansprache gesagt: „Ich bitte euch, glaubt an dieses Österreich“.

In Anlegung daran sage ich heute:

ich glaube an den Fleiß der österreichischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Kreativität und Leistungsfähigkeit der heimischen Unternehmen.

Ich glaube daran, dass wir alle gemeinsam durch Disziplin, Zusammenhalt und Mut durch diese Krise hindurch kommen werden

Zurück zu Wachstum und Wohlstand.

Dafür müssen wir bereit sein, vorübergehend auch Schulden zu machen um ausreichend helfen zu können!

Denn ein Budgetüberschuss ist kein Selbstzweck. Er ist Vorsorge für Krisen der Zukunft!

Kein Freibrief für Schulden

Das Zauberwort dabei ist „vorübergehend“!

Unser langfristiges Ziel muss es bleiben, den Staatshaushalt in Ordnung zu halten und unseren Wohlstand nicht auf Kosten unserer Kinder zu finanzieren.

Wenn jetzt vielleicht einige sagen: Endlich hat die ÖVP Keynes entdeckt, dann sage ich ihnen: Natürlich hat Keynes Recht – aber nur kurzfristig!

In einer Situation wie jetzt zu sagen, da darf der Staat nicht intervenieren, das muss der Markt von selbst regeln, wäre das Gegenteil von sozialer Marktwirtschaft.

Aber langfristig hat natürlich Hayek recht.

Mehr Staat stabilisiert kurzfristig die Wirtschaft, verhindert aber mittelfristig notwendige Anpassungen an neue Herausforderungen und lähmt langfristig die Wachstumsdynamik.

Eine Wahrheit bleibt also bestehen: Langfristig schaden zu viele Interventionen und zu hohe Staatsschulden der Gesellschaft.

Wer das leugnet, belügt sich selbst und raubt sich und nachfolgenden Generationen die Zukunft.

Solche Schuldenleugner sind den Klimaleugnern sehr ähnlich.

Beide leben auf Kosten der Zukunft und beide hinterlassen der nächsten Generation verbrannte Erde.

Verantwortungsvolle Klimapolitik ist wichtig, aber verantwortungsvolle Budgetpolitik ist genauso wichtig!

Wir schaffen mit diesem Budget beides!

Auch günstiges Geld muss zurückgezahlt werden

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich habe zu Beginn gesagt, wir können uns diese Antwort auf die Krise leisten.

Das sieht man, wenn man auf die Kapitalmärkte blickt.

Trotz der aktuellen Krise und der damit verbundenen Hilfs- und Konjunkturpakete haben die Anleger langfristiges Vertrauen in Österreich.

Die Republik hat einen sehr guten Ruf unter Investoren.

Noch im Jahr 2008 haben sich Österreich und Italien zu relativ ähnlichen Konditionen refinanziert – Österreich mit durchschnittlich 4,19% für 10 Jahre und Italien für 4,63%.

Heute refinanziert sich Österreich über 10 Jahre bei -0,39 Prozent.

Dadurch sparen wir den österreichischen Steuerzahlern rund 3,3 Milliarden pro Jahr Verglichen mit 2010.

Wir finanzieren uns aktuell so günstig, weil die Finanzmärkte auf eine Fortsetzung unseres nachhaltigen Budgetkurses vertrauen und das entsprechend einpreisen.

Diesen Österreichbonus haben wir uns alle gemeinsam in den vergangenen Jahren hart erarbeitet und jetzt profitieren wir alle gemeinsam davon.

V Budgetzahlen Ressorts

Hohes Haus,

diese Krise ist nicht die erste und sie wird auch nicht die letzte sein, die wir in Österreich zu bewältigen haben.

Daher ist es wichtig, für diese und zukünftige Krisen bestmöglich gewappnet zu sein.

Daher investieren wir mit diesem Budget auch bewusst und unabhängig von Corona.

Denn Sicherheit, Bildung und Forschung, Digitalisierung, Umweltschutz oder ein gutes Sozialsystem sind genauso wichtig, wie Gesundheit, Pflege und die Unterstützung für den Arbeitsmarkt während der Krise.

Damit komme ich exemplarisch zu den einzelnen Ressorts.

Sicherheit / Inneres (UG 11)

Die Sicherheit ist uns ein großes Anliegen. Die Pandemie hat wieder einmal verdeutlicht, wie wichtig eine funktionierende Exekutive für unsere Gesellschaft ist. 2021 wird daher das Polizei-Budget im Vergleich zu 2020 um 215,3 Millionen Euro steigen. Das ist eine Steigerung von 7,3%! Damit wird die Personaloffensive fortgesetzt, die 4.300 mehr Planstellen über die

gesamte Legislaturperiode ermöglicht. Außerdem wird die Ausstattung der Polizei modernisiert.

Bundesheer (UG 14)

Wir stärken das Bundesheer mit einer nachhaltigen Aufstockung auf rund 2,6 Milliarden Euro pro Jahr! Darunter fallen der Sanitäts- und Terrorschutz sowie das ABC und Katastrophenschutzpaket. Zudem geben wir 2021 und 2022 je 20 Millionen Euro für Cybersicherheit aus.

BMEIA (UG 12)

Bei humanitären Katastrophen werden wir unserer Verpflichtung zur Hilfe vor Ort nachkommen. Deshalb haben wir die Mittel des Auslandskatastrophenfonds bis 2024 um 125 Millionen Euro erhöht. Das ist mehr als eine Verdoppelung der Mittel gegenüber dem geltenden Finanzierungsrahmen! Weiteres wird die Anhebung der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit fortgesetzt (um 11 Millionen Euro jährlich, somit 44 Millionen Euro mehr bis 2024).

Bundeskanzleramt (UG 10)

Die erfolgreiche Integration von legal zu uns gekommenen Menschen ist sowohl im Sinne der zugewanderten, als auch der hier lebenden Menschen. Deswegen stellen wir 2021 7,4 Millionen Euro für Regierungsvorhaben im Integrationsbereich bereit. Auch eine Dokumentationsstelle von religiös motiviertem politischen Extremismus wird davon errichtet. Darüber hinaus

verdoppeln wir im nächsten Finanzierungsrahmen das Budget für Volksgruppenangelegenheiten. Für den Gewaltschutz für Frauen sind 2,5 Millionen Euro zusätzlich pro Jahr vorgesehen.

Justiz (UG 13)

Im Justizbereich setzen wir einen weiteren Schwerpunkt, um die überlangen Verfahrensdauern künftig deutlich zu reduzieren und das Vertrauen in die Justiz wieder zu stärken. Für die Jahre 2021 bis 2024 wird das Budget der Justiz nachhaltig um insgesamt rund 300 Millionen Euro im Vergleich zum bestehenden Bundesfinanzrahmen erhöht. Damit werden weitere Mittel für den Personal- und Sachaufwand frei.

Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (UG 24, UG 21)

Die Coronapandemie verursacht für den Gesundheitsbereich natürlich zusätzliche Kosten. Darunter fallen vor allem Testungen und Kosten von Epidemieärzten. Für 2021 stehen deshalb zusätzliche Mittel in der Höhe von rund 700 Millionen Euro (695,8 Millionen Euro) bereit. Für den Ankauf eines COVID-19-Impfstoffes ist auch vorgesorgt.

Österreich ist ein Land, das Menschen im Alter wertschätzt. Deswegen stellen wir mit zusätzlichen 1,1 Milliarden Euro sicher, dass der steigende Pflegebedarf bei einer alternden Gesellschaft abgedeckt wird.

Familie und Jugend (UG 25)

Aufgrund der derzeitigen Wirtschaftsentwicklung kommt es zu sinkenden Einnahmen beim Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) kommt, sind die entsprechenden Leistungen für Familien, Kinder und Jugendliche selbstverständlich budgetiert. Weil Familien in der momentanen Krise besonders unter Druck geraten, stellen wir 2021 90 Millionen Euro für den Familienhärteausgleich zu Verfügung (davon 50 Mio. in Familie und Jugend und 40 Mio. Sozialministerium).

Bildung, Wissenschaft und Forschung (UG 30, UG 31)

Der Umgang mit dem Coronavirus hat Lehrer und Schüler vor noch nie dagewesenen Herausforderungen gestellt. Für den digitalen Unterricht stellen wir 235 Millionen Euro zu Verfügung. Die Erhöhung des Bildungsbudgets in den nächsten Jahren bewirkt, dass es in 2023 erstmals die 10 Milliarden Euro Marke übersteigt!

Das Budget für Wissenschaft und Forschung steigt in den nächsten 4 Jahren um 10% (2020: 5 Milliarden Euro -> 2024: 5,6 Milliarden Euro). Damit bekommen Universitäten rund 1,2 Milliarden Euro mehr (2022-2024), Fachhochschulen rund 145 Millionen Euro mehr (2021-2024) und der Bereich der Forschung 340 Millionen Euro mehr.

Angewandte Forschung (Wirtschaft, Innovation, Technologie – UG33, UG34)

Was die standortrelevante Forschung betrifft, werden Zusatzmittel für Innovationsprogramme frei (je 100 Millionen Euro 2021 und 2022). Damit können signifikante Investitionen in Spitzentechnologien und klimafreundliche Industrien getätigt werden.

Klima- und Umweltschutz (UG 43)

Klimaschutz ist einer der Schwerpunkte dieser Regierung und das zeigt sich auch im Budget. Über eine Milliarde Euro (rund 1,1 Milliarden Euro) stellen wir 2021-2024 zusätzlich zum geltenden Bundesfinanzrahmen für Umwelt-

und Klimamaßnahmen zu Verfügung! Damit werden die thermische Sanierungsoffensive sowie der Ausbau von erneuerbaren Energie finanziert.

Mobilität (UG 41)

Das Thema Mobilität ist im Zusammenhang mit dem Klimaschutz von großer Bedeutung. Daher investieren wir im nächsten Finanzierungsrahmen zusätzlich rund 1,4 Milliarden Euro in diesen Bereich. Damit verbunden ist der weitere Ausbau des öffentlichen Verkehrs sowie die Finanzierung der ersten Ausbaustufe des 1-2-3 Klimatickets. Für den neu beschlossenen ÖBB-Rahmenplan ist in den Jahren 2021-2026 ein Gesamtbudget in der Höhe von 17,5 Milliarden Euro sichergestellt.

Land- und Forstwirtschaft, Breitband (UG 42)

Der ländliche Raum soll gestärkt werden! Deswegen werden über den gesamten Finanzierungsrahmen hinweg mehr Mittel als bisher zu Verfügung gestellt (+1,1 Milliarden Euro von 2021 bis 2024 im Vergleich zum gültigen Rahmen). Darüber hinaus werden für den Breitband-Ausbau zusätzliche 41,5 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung gestellt. Zur Bewältigung der Krise im Forstsektor wird ein Waldfonds eingerichtet und mit 262 Millionen Euro dotiert (2021-2024).

Wirtschaft und Digitalisierung (UG 40)

Um den Standort aus der Krise zu bringen und die Unternehmen zu retten wird das Wirtschaftsbudget 2021 mit einem Plus von 602 Millionen Euro mehr als verdoppeln! Auch die Digitalisierung werden wir bis 2022 mit einem Fonds von 160 Millionen Euro weiter vorantreiben.

Wir investieren außerdem in die Burghauptmannschaft Österreich mit zusätzlichen Mitteln in der Höhe von 70 Millionen Euro bis 2022. Damit erhalten wir das kulturelle Erbe Österreichs, modernisieren den Tiergarten Schönbrunn und erhalten Gedenkstätten wie Mauthausen.

BM Kunst, öffentlicher Dienst und Sport (UG 32, UG 17)

Mich als ehemaliger Kulturminister freut, dass wir unser Bekenntnis zu Kunst und Kultur mit einer spürbaren Budgetsteigerung von insgesamt rund 150 Millionen Euro im nächsten Bundesfinanzrahmen untermauern. Damit können die Festspielhäuser Salzburg und Bregenz saniert werden (rd. 70 Millionen Euro). Darüber hinaus wird die Europäische Kulturhauptstadt Bad Ischl 2024 finanziert.

Auch die Sportförderung wird bis 2022 um 34 Millionen Euro aufgestockt. Hinzu kommt die Verlängerung der COVID-Hilfspakete für Sport, NPOs und Vereine in der Höhe von rund 400 Millionen Euro im Jahr 2021.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Hohes Haus!

Ganz Österreich ist von der Corona Krise geprägt.

Dieses Budget ist die Antwort auf die Krise in Zahlen.

Und vor allem ist es ein Budget, das die Weichen über die Krise hinaus stellt.

Aus Verantwortung für Arbeitsplätze und Standort.